

Niederschrift  
über die  
Sitzung des Regionalrates  
am 23. März 2006  
in Meschede

Beginn: 09.00 Uhr  
Ende: 13.30 Uhr  
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste ([Anlage I](#))

## Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 23.03.2006

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 08.12.2005
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 09.02.2006
- 5a. Integrierte Gesamtverkehrsplanung NRW – Bestätigung bzw. Ergänzung des Beschlusses des Regionalrates zum Regionalen Vorschlag für Maßnahmen des Infrastrukturbedarfsplans für den Regierungsbezirk Arnsberg vom 09. Februar 2006  
Vorlage 01/01/06 Erg.
6. **Schwerpunktthema:** Erneuerbare Energien – neue rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen  
Referat Herr MD Dr. Volkhard Riechmann vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie  
– Information  
Vorlage 05/02/06
7. Gemeindefinanzierungsgesetz 2006  
– Information  
Vorlage 06/02/06
8. Stadterneuerungsprogramm 2006  
– Beratung  
Vorlage 07/02/06
9. Fußball-WM 2006  
– Aktueller Sachstand  
Vorlage 08/02/06
10. Krankenhausinvestitionsprogramm 2005  
– Abwicklung  
Vorlage 09/02/06
11. Dringlichkeitsliste "Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten 2006"  
– Herstellung des Benehmens  
Vorlage 10/02/06
12. Förderprogramm für den Kommunalen Straßen- und Radwegebau  
– Abwicklung Förderprogramm 2005  
Vorlage 11/02/06
13. ÖPNV-Förderprogramm  
– Abwicklung 2005  
Vorlage 12/02/06
14. Regionale Kulturförderung

- Abwicklung 2005
  - Beratung und Prioritätensetzung 2006  
Vorlage 13/02/06
15. 2. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – westlicher Teil ( Dortmund / Kreis Unna / Hamm) im Bereich des Kreises Unna – (Vogelschutzgebiet Hellwegbörde)
    - Erarbeitungsbeschluss
 Vorlage 14/02/06
  16. 21. Änderung des Regionalplanes Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östl. Teil (HSK/SO) im Bereich der Stadt Winterberg (Ferienpark)
    - Erarbeitungsbeschluss
 Vorlage 15/02/06
  17. 22. Änderung des Regionalplanes Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östl. Teil (HSK/SO) im Bereich des Kreises Soest (Vogelschutzgebiet Hellwegbörde)
    - Erarbeitungsbeschluss
 Vorlage 16/02/06
  18. 23. Änderung des Regionalplanes Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östl. Teil (HSK/SO) im Bereich der Gemeinde Ense (LP V Darstellungen von BSN)
    - Erarbeitungsbeschluss
 Vorlage 17/02/06
  19. Arbeitsbericht des Wirtschaftsministeriums zur Rohstoffsicherung
    - Stellungnahme
 Vorlage 18/02/06
  20. Wichtige länderübergreifende Verkehrsinfrastrukturprojekte
    - Information
 Vorlage 19/02/06
  21. Bestellung eines/einer Bezirksplaners/Bezirksplanerin
    - Benennungsherstellung
 Vorlage 20/02/06
  22. Mitteilungen
  23. Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Er begrüßt **Herrn Landrat Dr. Schneider** als Gastgeber für die heutige Sitzung.

Darüber hinaus heißt er **Herrn Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Der Vorsitzende kündigt **Herrn Ministerialdirigenten Dr. Riechmann** vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie als Referenten zu dem Tagesordnungspunkt 6 an. Er begrüßt **Herrn Prof. Dr.-Ing. Kail** von der Fachhochschule Südwestfalen.

Anschließend richtet **Herr Dr. Schneider** ein Grußwort an die Mitglieder des Regionalrates.

zu TOP 2: Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln, sobald der Referent, Herr Dr. Riechmann, eingetroffen ist.

Die CDU Fraktion beantragt, einen Zusatzbeschluss zum IGVP zu fassen. Hierzu hat die Verwaltung die Vorlage 01/01/06 Erg. erstellt, die unter dem Tagesordnungspunkt 5a „Integrierte Gesamtverkehrsplanung NRW – Bestätigung bzw. Ergänzung des Beschlusses des Regionalrates zum Regionalen Vorschlag für Maßnahmen des Infrastrukturbedarfsplans für den Regierungsbezirk Arnsberg vom 09. Februar 2006“ behandelt werden soll. Der Regionalrat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Des Weiteren bittet die Verwaltung, den TOP 8 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Regionalrat beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 15 und 17 zusammen zu behandeln. Der Regionalrat stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

zu TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Herr Wolfgang Ewald** benannt.

zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 08.12.2005.“

zu TOP 5: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor (s. **Anlage II**).

Der Regionalrat fasst bei **4 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltung** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 09.02.2006.“

zu TOP 5a: Der Regionalrat fasst bei **4 Nein-Stimmen** folgenden **Beschluss**:  
„Der Regionalrat bestätigt bzw. beschließt den Regionalen Vorschlag für Maßnahmen des Verkehrsinfrastrukturbedarfsplans für den Regierungsbezirk Arnsberg, wie in den Anlagen 2.1, 2.2, 2.3, 2.4 und 2.5 des Berichtes der Bezirksregierung Arnsberg an das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW vom 20. Februar 2006 dargestellt.“

zu TOP 7: Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen.  
Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 8: Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu TOP 9: Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen.  
In der Sitzung der Strukturkommission ist angeregt worden, zum Thema Zwangsprostitution im Umfeld der Fußball-WM eine Resolution zu fassen (s. [Anlage III](#)).

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat beschließt die als Anlage beigefügte Resolution.

zu TOP 6: Die Verwaltung legt zum Thema „Windkraftanlagen“ eine Tischvorlage vor. Die Folien zum Vortrag von Herrn Dr. Riechmann (s. [Anlage IV](#)) und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (s. [Anlage V](#)) zu diesem Tagesordnungspunkt sind der Niederschrift beigefügt

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

Auch ein landesweiter Diskussionsprozess zum regionalplanerischen Umgang mit erneuerbaren Energien ist aus Sicht des Regionalrates und der Bezirksregierung Arnsberg wünschenswert.

Die Bezirksregierung Arnsberg wird beauftragt, die weitere Entwicklung und den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien im Regierungsbezirk zu fördern und über die weiteren Entwicklungen zeitnah zu berichten.“

zu TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:  
„Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Krankenhausinvestitionsprogramms 2005 zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Der Regionalrat fasst bei **1 Nein-Stimme** folgenden **Beschluss**:  
Der Regionalrat erteilt sein Einvernehmen zu der Dringlichkeitsliste „Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten 2006“.

zu TOP 12: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:  

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat beschließt 6 prioritäre Maßnahmen zur vorrangigen Förderung im Programm Kommunalen Radwegebau (Ifd. Nr. 4-9 der Anlage 3).

zu TOP 13: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:  
„Der Regionalrat nimmt das Programm ÖPNV – Infrastrukturförderung Abwicklung 2005 der Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnis.“

zu TOP 14: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:  

1. Der Regionalrat nimmt die Abwicklung 2005 zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat berät die Projektplanungen zur Regionalen Kulturpolitik für das Jahr 2006
3. Der Regionalrat setzt gem. § 7 (3) LPIG folgende Vorhaben als prioritär fest:
  - Hellweg – ein Lichtweg
  - Mord am Hellweg

- Sauerland-Herbst 2006 (Blechbläserfestival)
- Waldskulpturenweg Wittgenstein-Sauerland
- Festivalreihe „Die Zwei“ (Hilchenbach –Hagen)

Die Tagesordnungspunkte 15 und 17 werden zusammen beraten.

Zu **TOP 15** fasst der Regionalrat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Die 2. Änderung des Regionalplanes, Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - westlicher Teil – (Dortmund/Kreis Unna/Hamm) wird entsprechend der Anlagen 1 und 2 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 3 unter den Nummern 1 bis 81 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
4. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von zwei Monaten zu dieser Änderung des Regionalplanes bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.

Zu **TOP 17** liegt ein Ergänzungsantrag der CDU Fraktion vor (s. [Anlage VI](#)).

Der Regionalrat fasst bei **4 Nein-Stimmen** folgenden **Beschluss**:

1. Die 22. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Kreis Soest wird entsprechend den Anlagen 1, 2a und 2b erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 3 unter den Nummern 1 - 85 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
4. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von 2 Monaten zu dieser Änderung des Regionalplanes bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.
5. Der Regionalrat stellt fest, dass die 22. Änderung des Regionalplanes in dem obigen Teilabschnitt gleichermaßen zur Erfüllung der europarechtlichen Verpflichtungen zur Sicherung des gemeldeten EU-Vogelschutzgebietes und zur Umsetzung der "Vereinbarung zum Schutz der Wiesenweihe und der anderen Offenlandarten in der Hellweg-Börde" dient.

Er fordert die Bezirksregierung auf, auch die anderen sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Planungsverpflichtungen zeitnah zu erfüllen. So soll die bedarfsgerechte Darstellung von Siedlungsbereichen sowie eine Sicherung der Abbauflächen der Steine- und Erdenindustrie in der Größenordnung eines 50jährigen Bedarfshorizontes innerhalb der Interessengebiete der Vereinbarung ebenfalls baldmöglichst erfolgen. Dies sollte im Zuge der Fortschreibung des Regionalplanes, Teilabschnitt Kreis Soest und HSK, geschehen, für den im Jahre 2007 der Erarbeitungsbeschluss ansteht.

Der Regionalrat bittet die Bezirksregierung um die rechtzeitige Vorbereitung der hierfür erforderlichen Planungsarbeiten.

zu TOP 16: Der Regionalrat fasst bei **2 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltung** folgenden **Beschluss**:

1. Die 21. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) in der Stadt Winterberg wird entsprechend den Anlagen 1 und 2 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 3 unter den Nummern 1 - 63 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
4. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von 2 Monaten zur 21. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.

zu TOP 18: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Die 23. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Kreis Soest wird entsprechend den Anlagen 1 und 2 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 3 unter den Nummern 1 bis 57 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 2 Monate festgesetzt.
4. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von einem Monat zu dieser Änderung des Regionalplanes bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.

zu TOP 19: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor (s. [Anlage VII](#))

Der Regionalrat fasst bei **2 Nein-Stimmen** und **2 Enthaltungen** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt den o. g. Arbeitsbericht zur Kenntnis.
2. Er gibt zum Arbeitsbericht des Wirtschaftsministeriums zur Rohstoffsicherung folgende Stellungnahme ab:  
Der Regionalrat Arnsberg begrüßt die Vorlage dieses ersten Rohstoffberichtes. Die in ihm enthaltenen grundlegenden Informationen zu den heimischen Steine-und-Erden Rohstoffen sowie zur Rohstoffindustrie sind eine wichtige Grundlage für die vorsorgende Rohstoffsicherung im Rahmen der Regionalplanung.

Auch die im Bericht genannten Eckpunkte einer Neuordnung der planerischen Rohstoffsicherung sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie bestätigen im Wesentlichen das bestehende System der vorsorgenden Rohstoffsicherung. Allerdings ist einschränkend festzustellen, dass die Überlegung

des Wirtschaftsministeriums, die verbindliche und konkrete Flächensicherung an einer voraussichtlichen Bedarfsdeckung von 30 Jahren zu orientieren, nicht ausreichend die Situation der vorwiegend mittelständischen Unternehmen der Abgrabungsindustrie im Regierungsbezirk Arnsberg berücksichtigt. Diese Überlegung, die sogar eine weitere Einschränkung auf 15 Jahre zulässt, ist vor dem Hintergrund der Problematik der niederrheinischen Kies- und Sandexporte in die Niederlande entstanden. Im Regierungsbezirk Arnsberg gewinnen die Unternehmen der Abgrabungsindustrie jedoch bis auf wenige Ausnahmen Festgesteine (vor allem Kalkstein, Grauwacke und Diabas). Da die Gewinnung der Festgesteine einen mindestens doppelt so hohen Aufwand an Investitionskosten wie die Gewinnung von Lockergesteinen (Kies und Sand) erfordert, benötigen die Abgrabungsunternehmen der Festgesteinsindustrie eine erheblich längere Planungssicherheit als diejenigen Unternehmen, welche Lockergesteine gewinnen.

Der gegenwärtige Planungshorizont der vorsorgenden Rohstoffsicherung von insgesamt 50 Jahren (25 Jahre in den Abgrabungsbereichen und weitere 25 Jahre in den Reservegebieten) hat sich in der Praxis der Regionalplanung im Regierungsbezirk Arnsberg bewährt. Auch wenn die Bemessung der Abgrabungsbereiche vordergründig um 5 Jahre erweitert würde, so würde sich bei einem Wegfall der Reservegebiete eine Verkürzung des Planungshorizonts um 20 Jahre ergeben.

Der Regionalrat Arnsberg fordert deshalb, bei einer Novellierung des Landesplanungsrechts den derzeitigen Planungshorizont von insgesamt 50 Jahren zumindest für die Festgesteinsindustrie beizubehalten.

3. Der Regionalrat behält sich eine weitere Beratung und gfls. Stellungnahme in der nächsten Sitzung vor dem Hintergrund der zu erwartenden Stellungnahmen anderer Institutionen zum Arbeitsbericht Rohstoffsicherung vor.

zu TOP 20: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen ein Beschlussvorschlag der SPD Fraktion (s. [Anlage VIII](#)) sowie des Vorsitzenden vor (s. [Anlage IX](#))

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis und fasst folgende EntschlieÙung:

#### **EntschlieÙung:**

Der Regionalrat Arnsberg begrüÙt die gemeinsame Kabinettsitzung der Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz am 24. 4. 2006 in Siegen in der Erwartung, dass auch Ländergrenzen überschreitende Verkehrsinfrastrukturfragen erörtert werden.

Aus Sicht des Regionalrates Arnsberg bedürfen folgende Verkehrsinfrastrukturprojekte wegen ihrer herausgehobenen überregionalen Bedeutung der Erörterung und ggf. Unterstützung:

***Ausbau der Schienenstrecke Dortmund-Kamen-Hamm (IGVP-Vorhaben-Nr. 11049) als Bestandteil der Strecke Dortmund-Paderborn-Kassel.***

Auf der heute zweigleisigen Strecke sind infrastrukturelle Kapazitätsanpassungen dringend notwendig, da die Strecke sowohl für Güter-, Fern- als auch



für den Nahverkehr von großer Bedeutung ist. Der Regionalrat Arnberg hat bereits in seiner Sitzung am 9. 2. 2006 die nordrhein-westfälische Landesregierung gebeten, mit dem Bund Gespräche zu führen, um die Ausbaumaßnahme zu realisieren. Dabei sollte nach unserer Auffassung auch eine gemeinsame Kostenlösung nicht ausgeschlossen sein. Zur Vorbereitung dieser Gespräche und insbesondere zur Festlegung des erforderlichen Umfangs einer solchen Ausbaumaßnahme (Viergleisigkeit durchgängig erforderlich?) sollten notwendige finanzielle Mittel für notwendige Planungsleistungen bereitgestellt werden. Die gemeinsame Betroffenheit der Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen ist gegeben.

Der Regionalrat fasst bei **4 Nein-Stimmen** folgenden **Beschluss**:  
***Bundesfernstraße von Kreuztal-Krombach (NRW) zum „Hattenbacher Dreieck“ (Hessen)***

- **B 508n / B 62n**

Die verkehrsplanerische Verknüpfung des Kernraumes Siegen mit dem „Altkreis Wittgenstein“ wird gegenwärtig durch die zuständigen Straßenbaubehörden des Landes Nordrhein-Westfalen auf Grundlage des Bundesverkehrswegeplanes 2003 vorgenommen. Vorgesehene Ortsumgehungen der Kommunen Kreuztal, Hilchenbach, Erndtebrück und Bad Laasphe sowie des Ortsteils Lützel der Stadt Hilchenbach befinden sich in unterschiedlichen Planungsstadien und sollen im Zuge der B 62 erfolgen. Diese Planungsaktivitäten sollten aus Sicht des Regionalrates zur dringend notwendigen Erschließung des Wittgensteiner Raumes beschleunigt vorangetrieben werden.

- **Machbarkeitsstudie**

In Kooperation mit den nordrhein-westfälischen Partnern (Verkehrsministerium NRW, Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe, südwestfälische Wirtschaft) und hessischen Partnern (Hessische Landesregierung, nordhessische Wirtschaft) wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um unter naturschutzfachlichen und städtebaulichen Gesichtspunkten einen möglichst konfliktarmen Trassenkorridor zu finden, der perspektivisch die Realisierung einer leistungsfähigen Bundesfernstraße zwischen der A 4 / A 45 / Hüttentalstraße im Bereich Olpe / Kreuztal-Krombach (NRW) einerseits und der A 5 / A 7 im Raum Hattenbach (Hessen) ermöglicht.

Nach Identifizierung eines solchen Korridors ist beabsichtigt, eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung anzuschließen. Die Studie soll im Frühjahr 2007 fertiggestellt sein. Im Land Hessen läuft die entsprechende Bearbeitung bereits seit dem Herbst 2005.

Eine sachliche Konkurrenz dieser Fernstraßenverbindung zu den genannten Maßnahmen gemäß Bundesverkehrswegeplan (Ortsumgehungen) besteht nicht.

### **Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Verkehrsflughafen**

Die hessische Landesregierung beabsichtigt, den Verkehrslandeplatz Kassel-Calden zu einem Verkehrsflughafen auszubauen. Aufgrund der räumlichen Distanz von ca. 60 km zum nordrhein-westfälischen Regionalflughafen Pa-

derborn-Lippstadt hegt der Regionalrat erhebliche Befürchtungen, dass die derzeit gegebene Wirtschaftlichkeit des Flughafens Paderborn-Lippstadt („schwarze Zahlen“) im Fall der Realisierung des Projektes in Hessen erheblichen Schaden nehmen könnte. Dem Vernehmen nach ist die Realisierung von Kassel-Calden nur unter Inanspruchnahme erheblicher öffentlicher Mittel möglich. Aufgrund der geringen räumlichen Distanz zwischen Paderborn-Lippstadt und Kassel-Calden erwartet der Regionalrat Arnshagen bei Realisierung des hessischen Flughafenprojekts unweigerlich negative Auswirkungen: Durch die Realisierung eines im wesentlichen aus öffentlichen Mitteln finanzierten Projektes in Hessen würde mit größter Wahrscheinlichkeit ein künftig ebenfalls dauerhaft zu subventionierender Flughafen Paderborn-Lippstadt erwachsen.

Der Regionalrat bittet die hessische und nordrhein-westfälische Landesregierung zu erörtern, ob in der gegebenen allgemeinerwirtschaftlichen Situation und den „leeren öffentlichen Kassen“ die Realisierung des Projekts in Hessen tatsächlich unverzichtbar erscheint.

Auf die kritischen Resolutionen des Kreistages des Kreises Soest sowie des Regionalrates Ostwestfalen, Detmold, nehmen wir Bezug.

zu TOP 21: Der Regionalrat fasst bei **20 Ja-Stimmen** und **17 Enthaltungen** folgenden **Beschluss**:

„Der Regionalrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stellt damit das Benehmen her.“

Weiterhin beschließt der Regionalrat auf Vorschlag des Vorsitzenden **einstimmig** folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages:

„Der Regionalrat missbilligt die bisherige Verfahrensweise nachdrücklich und fordert die Landesregierung auf, künftig originäre Rechte des Regionalrates angemessen zu berücksichtigen.“

Der Vorsitzende wird aufgefordert, den zuständigen Stellen der Landesregierung die kritische Bewertung des Verfahrens entsprechend zu verdeutlichen.“

zu TOP 22: Es wurden diverse Mitteilungen zugesandt bzw. verteilt.

Der Vorsitzende informiert, dass Herr StS Palmes wegen Terminüberschneidung nicht an einer der nächsten beiden Regionalratssitzungen teilnehmen kann. Er kündigt an, dass Herr Palmes voraussichtlich zu einer Kommissions-sitzung eingeladen werden soll. Der Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben und die Teilnahme an der Sitzung wird allen Regionalratsmitgliedern anheim gestellt.

Herr **Horneck** bittet darum zu prüfen, ob die Sitzung der Verkehrskommission vom 14.09. auf den 07.09. vorverlegt werden kann.

Herr **Regierungspräsident Diegel** informiert über den aktuellen Sachstand zum Thema „Feinstaub“.

zu TOP 23: Herr **Liedmann** mahnt die Beantwortung einer mündlichen Anfrage seiner Fraktion zum Thema Ergebnis der Verkehrszählungen im Zusammenhang mit der LKW-Maut an. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung in der letzten Sit-

zung der Verkehrskommission zwar nicht über die Ergebnisse jedoch über das weitere Vorgehen des Ministeriums berichtet habe. Herr **Eickhoff** erklärt, dass weder die Bezirksregierung noch der Landesbetrieb Straßen NRW in den Entscheidungsprozess eingebunden waren und die Ergebnisse der Verkehrszählung nicht vorliegen. Die Verwaltung sagt zu, das Ministerium um weiter gehende Informationen zu bitten und ggf. in der nächsten Sitzung der Verkehrskommission über das Ergebnis der Anfrage zu berichten.

Herr **Pendzich** beanstandet die Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD Fraktion vom 08.12.2005. Seines Erachtens ist die Anfrage in wesentlichen Teilen nicht beantwortet. Darüber hinaus ist die SPD Fraktion mit der Verfahrensweise nicht einverstanden. Herr **Regierungspräsident Diegel** weist darauf hin, dass die Verfahrensweise mit der Fraktion abgesprochen sei und der Verwaltung keine weiter gehenden Informationen vorliegen.

Frau **Cziehso** weist darauf hin, dass mit Blick auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die vorliegenden Informationen zum Thema EU Ziel 2 Förderung um das Themenfeld Frauen fördernde Einrichtungen ergänzt werden sollte. Frau **Weiß** bittet darum, das Thema Gender Mainstreaming ebenfalls einzubeziehen. Herr **Regierungspräsident Diegel** sagt zu, in der nächsten Sitzung entsprechend zu berichten.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 13.30 Uhr.

.....  
Droege, Vorsitzender

.....  
Ewald, Ratsmitglied

.....  
Wenner, Schriftführerin

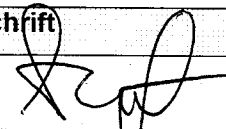
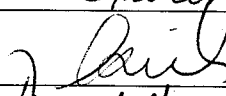
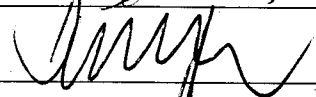
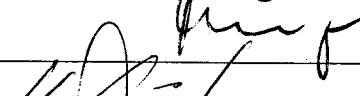
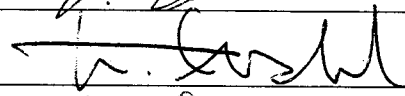
**Anwesenheitsliste**

für die Sitzung des  
**Regionalrates**  
 am 23.03.2006  
 in Meschede

Beginn: 09.00 Uhr

Ende: 13.30 Uhr

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Abel, Roland	7:15	2x73 (146)	
Beuermann, Bärbel	7:40	Mittelkammerim-Herme	B. Beuermann
Buderus, Eva-Maria	8:30	2x 45 km	Eva Buderus
Cziehso, Brigitte	7:15	2x 15 km zu b. Holzwickede, ab dort mit b. Dr. Schiebold	
Donschen, Hans-Friedel	<del>7:30</del> 7:30	2x 105	
Droege, Hermann-Josef	6:45	2x 109	
Dücker, Victor	7:30	2x 92	V. Dücker
Ewald, Wolfgang		160	
Fehlemann, Klaus	—	—	Klaus Fehlemann

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Finke, Ulrich	7 <sup>00</sup>	2x 108	Finke
Fleskes, Heinz-Dieter			
Freisewinkel, Guido	07.20	208 km	Freisewinkel
Giesel, Rainer	7.00	204	R. Giesel
Grzeschista, Michael	7.30	180 km	M. Grzeschista
Hansen Fred Josef		107 km	F. Hansen
Henneke, Hans		7x 116	
Herter, Marc	7.45	- wird nachgereicht -	M. Herter
Horneck, Wolfgang	7.00	2x 109	W. Horneck
Kläsgen, Norbert	7.30	2x 63 km	N. Kläsgen
Knieling, Walter	7.30	170	W. Knieling
Kozlowski, Peter	7.15	190 km	P. Kozlowski
Liedmann, Werner	7.45	110 km	W. Liedmann

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrenre km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Menke, Werner	7 <sup>50</sup>	38	<i>Menke</i>
Mense, Christel	7 <sup>40</sup>	106	<i>Ch. Mense</i>
Müller, Dieter	7 <sup>30</sup>	204	<i>Dieter Müller</i>
Neuhaus, Ellen	7 <sup>15</sup>	2x 89	<i>Ellen Neuhaus</i>
Niermann, Guido		120	<i>Guido Niermann</i>
Pendzich, Michael	7.45	62	<i>Michael Pendzich</i>
Rahmede, Manfred	7 <sup>15</sup>	210	<i>Manfred Rahmede</i>
Schilff, Norbert	7 <sup>10</sup>	182	<i>Norbert Schilff</i>
Schneeweis, Raymund	7 <sup>15</sup>	138	<i>Raymund Schneeweis</i>
Schnieder, Hubert	7 <sup>30</sup>	148	<i>Hubert Schnieder</i>
Schulte, Ludwig	8 <sup>20</sup>		<i>Ludwig Schulte</i>
Schwanengel, Norbert	7.25 h	Trennstreifen	<i>Norbert Schwanengel</i>
Weiß, Ursula	6.40	16,30 €	<i>U. Weiß</i>
Werner, Udo	8 <sup>00</sup>	184 km	<i>Udo Werner</i>
Westerwick, Hans-Joachim			entschuldigt

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Wiggermann, Martin	7:50	mitgefahren bei Dr. Schiebold	Grauer
Zeppenfeld, Friedhelm	7:15	137	F. Zepp

## Beratende Mitglieder

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Baumann, Klaus	7:30	2 x 102 km	K. Baumann
Brunsmeyer, Klaus	7:00	194	Bm
Fischer, Joachim	7:30	2 x 106	J. Fischer
Hemme, Fritz	8:45	2 x 5 km	F. Hemme
Kaplan, Karin	8:00	2 x 68 km	K. Kaplan
Keppeler, Georg	7:45	69 x 2 = 138 km	G. Keppeler
Pechtel, Hans	7:30	196	H. Pechtel
Rittermeier, Heinz	7:45	127	Heinz Rittermeier
Römer, Norbert	8:00	97 x 2 = 194 km	N. Römer
Tillmann, Klaus-Yongden			

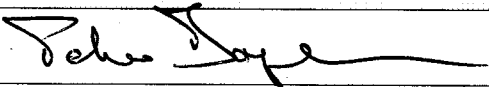
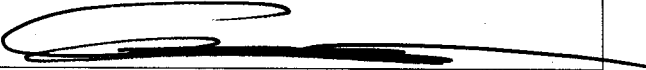
\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
von Buchwald, Werner	7.35 n	HINFAHRT: 108 km HER-NES	RÜCKT. MES-AR: KITT. BEI H. RITTERMEIER Werner v. Buchwald
Wawrzyniak, Ingrid	7.15	225 km	Ingrid Wawrzyniak
Stadt Bochum			
Stadt Dortmund			
Stadt Hagen			
Stadt Hamm			entschuldigt
Stadt Herne			
Ennepe-Ruhr-Kreis			
Hochsauerlandkreis			
Märkischer Kreis			
Kreis Olpe			
Kreis Siegen-Wittgenstein			
Kreis Soest			
Kreis Unna			

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz



### Kommissionsmitglieder, die nicht dem Regionalrat angehören

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Borgmann, Peter	7:15	192 km	
Eckholt, Klaus			
Eichel, Jürgen			
Goesmann, Gritta	8:30	/	
Heimes, Alfons			
Heinzel, Richard			
Ixert, Andreas			
Krebsbach, Friedhelm			
Nordmann, Josef			
Peschel, Artur			
Rasche, Christof, MdL			
Schneider, Hans-Walter			
Scholz, Eckhard			
Senkel, Sigurd			

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

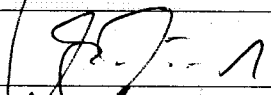
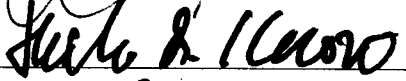
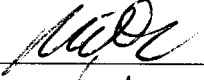
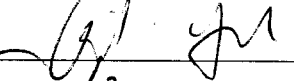
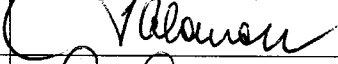
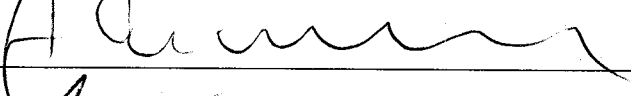
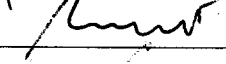
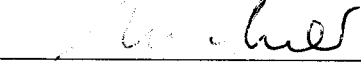

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Stumpe, Alfred			
Stumpf, Alfons			
Voß, Michael			

### Gäste

Name	Unterschrift
Dr. Schneider, Karl Landrat	<i>gez. Dr. Schneider</i>
MD Dr. Riechmann, Volkhard MWME	<i>Riechmann</i>
Prof. Dr.-Ing. Kail, Christoph Fachhochschule Südwestfalen	<i>Kail</i>

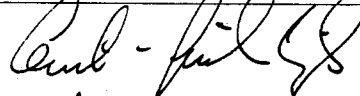
\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

## Bezirksregierung Arnsberg

Name	Unterschrift
Regierungspräsident Diegel, Helmut	
Regierungsvizepräsident Kosow, Heiko-Michael	
Abteilungsleiter Milk, Volker	
Bezirksplanerin Geiß-Netthöfel, Karola	
Abteilungsleiter Salomon, Christian	
Abteilungsleiter Eickhoff, Gerhard	
Abteilungsleiterin Ewert, Diana	
Abteilungsleiter Kirchner, Michael	
Pers. Referent Aßhoff, Ferdinand	
Pressesprecher Söbbeler, Christoph	

Welfs, Ernst-Günter (82)

Bekemeier, Klaus (85)



Bekemeier

Richard, Hildegard Dezernat 62	<i>Richard</i>
Wegmann, Dietrich Dezernat 62	<i>Wegmann</i>
Steinbicker, Olaf Dezernat 62	<i>Steinbicker</i>
Neumann, Ulrike Dezernat 62	<i>Neumann</i>
Palm, Werner Dezernat 61	<i>Palm</i>
Meier, Hartwig Geschäftsstelle	<i>H. Meier</i>
Wenner, Anne Geschäftsstelle	<i>Wenner</i>
Limberg, Elke Geschäftsstelle	<i>C. Limberg</i>
Hackbaster, Christine Fahhhilfikerin Dez. 62	<i>C. Hackbaster</i>

\*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Anlage II

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion im Regionalrat des  
Regierungsbezirks Arnsberg**

Peter Borgmann  
Pol. Geschäftsführer

Tel. 0234-912 95 74  
Fax 0234-916 03 06  
Mobil: 0172-589 20 01  
gruene-regionalrat@borgmanns.de

Diekampstraße 37, 44787 Bochum  
Bankverbindung: Sparkasse Bochum  
Kto.Nr. 146 45 85 • BLZ 430 500 01

Bochum, den 25. Februar 2006

**Grüne**

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - Diekampstr. 37 - 44787 Bochum

Regionalrat Arnsberg  
Herrn Vorsitzenden  
Hermann-Josef Droege  
c/o Bezirksregierung Arnsberg  
Postfach  
59817 Arnsberg

Betr.: Korrekturen zum Protokollentwurf der Regionalratssitzung am 09.02.06  
zu TOP 4. IGVP-Ergebnisse

Sehr geehrter Herr Droege,

in dem am 14.2. von der Geschäftsstelle versendeten Protokollentwurf der Regionalratssitzung vom 09.02.06 wird zum "TOP 4. IGVP-Ergebnisse" unter "Anlage I - Vorschläge Straße Seite 1 - 5" mit Ausnahme von drei Projekten (21135, 21012 und 21153) zu allen anderen Projektvorschlägen als Abstimmungsergebnis (ja/nein/Enth.) "37 / 0 / 0" festgehalten.

Dies würde bedeuten, dass die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Vorschlägen zugestimmt hätten.

Wir erklären hiermit ausdrücklich, dass dem nicht so ist.

Es hat zu den o.a. Projektvorschlägen keine Einzelabstimmungen gegeben.

Wir bedauern ausdrücklich, dass wir aufgrund des engen Zeitrahmens und der Materialmenge nicht in der Lage waren, unsere Änderungsanträge früher auszuarbeiten und den Mitgliedern des Regionalrats früher zur Verfügung zu stellen. Einige Missverständnisse wären sicher vermeidbar gewesen. Aber - alle unsere Anträge sind am Vortag bei der Geschäftsstelle des Regionalrats eingegangen und haben zur Sitzung allen Mitgliedern als Tischvorlage vorgelegen.

Unsere ablehnende Haltung zu den Straßenvorhaben hat der Fraktionsvorsitzende Werner Liedmann sowohl in seinem grundsätzlichen Statement als auch bei der Begründung unseres Antrags zum Beschlussvorschlag auf getrennte Abstimmung für die Straßen- und die Schienenvorhaben (6.a+b) zum Ausdruck gebracht:

Wir wollten den Schienenvorhaben zustimmen und die Straßenvorhaben ablehnen können.



Da die Mehrheit keine differenzierte Abstimmung zugelassen hat, mussten die Mitglieder der Grünen Fraktion geschlossen gegen den Punkt 6 des Beschlussvorschlages stimmen, womit sie de facto alle Vorhaben abgelehnt haben.

Wir bitten Sie daher, unsere unterstellte Zustimmung im Protokoll zu den o.a. Projektvorschlägen ("Anlage I - Vorschläge Straße Seite 1 - 5") zu korrigieren.

Mit Dank für Ihr Verständnis und freundlichem Gruß,

Werner Liedmann  
Mitglied des Regionalrats  
Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Borgmann  
Fraktionsgeschäftsführer

# Die Mitglieder des Regionalrates bei der Bezirksregierung Arnsberg

Arnsberg, den 23. März 2006

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland wird nach einhelliger Auffassung auch dazu führen, dass es zu einer erhöhten Nachfrage und damit auch zu einem erhöhten Angebot an Prostitution, insbesondere in den Orten mit WM Stadien, kommen wird. In diesem Zusammenhang ist es dem Regionalrat bei der Bezirksregierung in Arnsberg ein besonders wichtiges Anliegen, Zwangsprostitution in jedweder Form zu ächten. Mit der aus diesem Anlass beschlossenen Resolution sollen alle die Aktivitäten unterstützt werden, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Zwangsprostitution erst gar nicht entstehen zu lassen oder im anderen Fall mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

## Resolution

Alle Mitglieder des Regionalrates in Arnsberg verurteilen Zwangsprostitution in jeder Form und unterstützen alle staatlichen und nichtstaatlichen Stellen in ihrem Engagement, diese Form der menschenverachtenden Kriminalität zu bekämpfen, besser noch, sie gar nicht erst entstehen zu lassen.

Der Regionalrat unterstützt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Kampagne "abpfiff" des Deutschen Frauenrates und das Ziel, Zwangsprostitution zu verhindern. Die Verfolgung von Zwangsprostitution richtet sich gegen skrupelloses Geschäftemacher. Die Opfer sind ganz junge Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, 10 % sind sogar minderjährig. Diese Frauen brauchen unsere Hilfe und bei besonders schwierigen Lebensumständen (Bedrohung für Leib und Leben im Heimatland) ggfls. auch eine Verlängerung ihres Bleiberechtes.



Die Mitglieder des Regionalrates heben auch das Engagement von Solwodi e.V. hervor und weisen auf deren mehrsprachigen, 24stündigen, kostenlosen Notruf (08 000 111 777) für junge Frauen und Mädchen hin. Solwodi steht den hilfeschuchenden Frauen sofort mit Rat und Tat zur Seite, und zwar auch denen, die kein Deutsch sprechen, Angst vor der Polizei haben und von den Freiern keine Hilfe erwarten dürfen.

Darüber hinaus weisen wir auf die vom Berliner Senat und Polizei unterstützte Kampagne „Verantwortlicher Freier“ der Hilfsorganisation Ban Ying hin. ([www.verantwortlicherfreier.de](http://www.verantwortlicherfreier.de))

gez. Alle Mitglieder des Regionalrates



Ministerium für  
Wirtschaft,  
Mittelstand  
und Energie  
des Landes  
Nordrhein - Westfalen

**Erneuerbare Energien NRW**

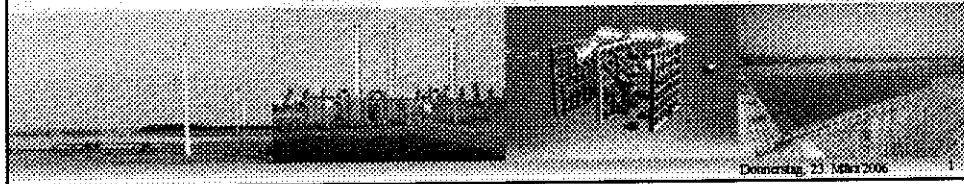
**NRW.**

## **Erneuerbare Energien – Informationen der Landesregierung**

**Sitzung des Regionalrates  
der Bezirksregierung Arnsberg**

**am 23. März 2006**

**in Arnsberg**



Donnerstag, 23. März 2006

1



Ministerium für  
Wirtschaft,  
Mittelstand  
und Energie  
des Landes  
Nordrhein - Westfalen

**Erneuerbare Energien NRW**

**NRW.**

## **Erneuerbare Energien – Informationen der Landesregierung**

**Dr. Volkhard Riechmann**  
Leiter der Abteilung Energie, Bergbau, Klimaschutz

**Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand  
und Energie NRW**

Donnerstag, 23. März 2006

2





### Energiewirtschaftliche Rahmendaten für NRW

Die Energielandschaft in NRW ist geprägt durch:

- Wichtigste Primärenergieträger-Vorkommen in Deutschland:  
Braunkohle (ca. 50 %) Steinkohle (ca. 85 %)
- Wichtigste, weltweit agierende Energieunternehmen in Deutschland  
(RWE, E.ON, RAG)
- Hoher Industriebesatz mit hohem Energiebedarf (Stahl, Aluminium,  
Chemie, Zement, Glas)



- Höchste Bevölkerungszahl unter den Bundesländern (18 Mio. Einwohner  
(= "siebtgrößter EU-Staat")
- Ausgeprägte Versorgungsstruktur durch leistungsfähige Stadtwerke  
(über 230 kommunale EVU)
- Hohe Kraftwerkskapazität  
(33.000 MW Kraftwerke von 120.000 MW im Bundesgebiet = 28 %)
- Ausgeprägte energietechnologische Kompetenz
- Leistungsfähige Energieforschungskompetenz (FZ Jülich, Unis DU-Essen,  
Bochum, Dortmund, RWTH Aachen)



### Rechtliche Rahmenbedingungen

- Energiewirtschaftsgesetz i.d.F. vom 13.07.2005
- Erneuerbare-Energien-Gesetz i.d.F. vom 01.08.2004
- Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung i.d.F. vom 01.08.2005
- Baugesetzbuch i.d.F. vom 27.08.1997
- Landschaftsgesetz NRW i.d.F. vom 15.07.2000
- Biomasseverordnung i.d.F. vom 28.06.2005
- Energieeinsparverordnung i.d.F. vom 08.12.2004
- Mineralölsteuergesetz i.d.F. vom 01.04.2004
- Verschiedene Gesetze und Verordnungen zum Emissionshandel
  
- Damit grundsätzlich ein liberalisierter Markt für leitungsgebundene Energien einschließlich Kraftwerksbau und -betrieb



- Staatliche Aufsicht über Preisgestaltung und Netze:
  - Kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht über Preisgestaltung für Sonderabnehmer
  - Kostenorientierte ex ante-Kontrolle für Netzentgelte
  - Kostenorientierte ex ante-Kontrolle für Stromtarife der Kleinabnehmer



### Energiepolitische Zielsetzungen

- Wirtschaftlichkeit (Preisgünstigkeit) der Versorgung
- Versorgungssicherheit
- Ressourcenschonung / Klimaschutzverträglichkeit

Donnerstag, 23. März 2006



### Stromerzeugung in NRW

Energieträger	TWh <sup>1</sup>	%
Braunkohle	78	50
Steinkohle	58	37
Erdgas / Mineralöl	15	10
Erneuerbare Energien <sup>2</sup>	5	3
Summe	156	100

<sup>1</sup> TWh = Milliarden Kilowattstunden

<sup>2</sup> einschließlich Grubengas

Donnerstag, 23. März 2006



### Erneuerbare Energien und ihre Anwendungsgebiete

<b>Bioenergie</b>	Strom- und Wärmeerzeugung, Treibstoffe
<b>Geothermie</b>	Wärme- und (Strom)erzeugung
<b>Wasserkraft</b>	Stromerzeugung
<b>(Grubengas)</b>	Strom- und Wärmeerzeugung
<b>Photovoltaik</b>	Stromerzeugung
<b>Windkraft</b>	Stromerzeugung
<b>Solarthermie</b>	Wärme- und (Strom)erzeugung



### Fördermechanismen

- **Erneuerbare-Energien-Gesetz (Stromerzeugung)**  
(Biomasse, Geothermie, Photovoltaik, Solarthermie, Wasser  
Grubengas, Brennstoffzelle)
- **Direkte staatliche Förderung**  
Anwendung: KfW, BMU, REN-Programm, Holzabsatz-Förderprogramm  
Ansiedlung: Regionales Wirtschaftsförderprogramm - RWP, Bürgschaften,  
Venture Capital
- **Steuervergünstigungen**  
Mineralölsteuergesetz: Steuerbefreiung für alle biogenen Treibstoffe wie  
Biodiesel oder Bioethanol
- **Versorgungsunternehmen**  
Sondertarife bei Strombezug für Wärmepumpen



### Status quo (Grunddaten NRW)

- I. Regenerative Energieversorgung 2004
- II. Regenerative Versorgung in der Entwicklung
- III. Branchenentwicklung
- IV. Fördervolumen



### Stromerzeugung aus EE in NRW - 2004

Energieträger	TWh	%
Windenergie	2,83	59
Wasserkraft	0,54	11
Bioenergie	0,58	12
Photovoltaik	0,07	2
(Grubengas)	0,75	16
<b>Summe</b>	<b>4,77</b>	<b>100</b>



### Entwicklung der regenerativen Stromerzeugung in NRW - 2004

Jahr	Mrd. kWh <sup>1</sup>
1996	0,65
1997	0,80
1998	1,15
1999	1,12
2000	1,59
2001	2,20
2002	2,66
2003	3,29
2004	4,02

<sup>1</sup> ohne GHDrengas

Quelle: Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien - IWR, Münster



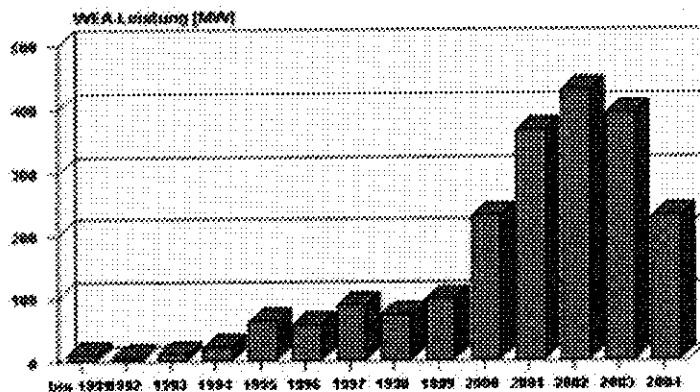
### Entwicklung der Windstromproduktion

Jahr	Nordrhein-Westfalen	Deutschland
	- Mrd. kWh -	
2000	0,77	9,1
2001	1,13	10,7
2002	1,70	16,5
2003	2,30	19,3
2004	2,83	25,7

Quelle: Internationales Wirtschaftsforums regenerative Energien - IWR, Münster



### NRW-Marktentwicklung - Windenergie - jährlich neu installierte Anlagenleistung -

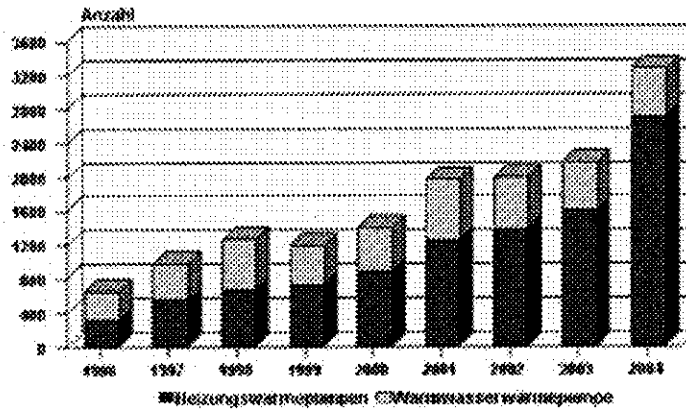


### Wärmeerzeugung EE in NRW - 2004

Energieträger	TWh	%
Bioenergie	1,12	47
Geothermie	0,33	14
Solarthermie	0,19	8
(Grubengas)	0,75	31
<b>Summe</b>	<b>2,39</b>	<b>100</b>



### NRW-Marktentwicklung Wärmepumpe - jährlich installierte Anlagenzahl -



Quelle: Strom 12/05, 2005 (eigene Berechnungen) Wert für Heizungs-Wärmepumpe 2002 nicht überliefert

16. April 2005

Donnerstag, 23. März 2006



### Bewertung der Geschäftslage durch NRW- Unternehmen der regenerativen Energiewirtschaft - Frühjahr 2005 -

Bewertung	Geschäftslage							
	nur Erneuerbare Energien-Sektor				Geschäftslage insgesamt			
	Anteil [%]							
	2005	2004	2003	2002	2005	2004	2003	2002
gut	32,8	31,0	23,7	20,4	13,7	13,0	14,7	6,6
befriedigend	35,0	39,0	41,8	42,7	32,9	37,5	47,4	24,8
schlecht	28,2	27,1	34,1	34,7	49,1	46,6	35,3	66,1
k. Angabe	4,0	2,9	0,4	2,2	4,3	2,9	2,6	2,5
<b>Gesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien - IWR, Münster

Donnerstag, 23. März 2006

18





### Beschäftigungsentwicklung im regenerativen Anlagen- und Systembau in NRW

(840 von befragten 2.600 Unternehmen in NRW in 2004)

	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Windenergie	3.336	3.520	3.433	3.024	2.414	1.578	1.295	1.044
Bioenergie	1.313	1.150	1.008	1.012	758	612	516	587
Solarthermie	912	920	892	916	864	451	451	439
Photovoltaik	1.253	1.023	902	903	721	481	331	325
Solarfachbetriebe	64							
Solararchitektur	172	164	164	164	148	107	54	98
Wasserkraft	99	98	101	122	140	141	169	125
Geoenergie	159	126	119	109	89	49	61	62
KWK	461	454	431	390	314	359	272	383
Sonstige Dienstleister	725	657	630	580	539	420	228	134
Brennstoffzelle	201	159						
<b>Gesamt</b>	<b>8.695</b>	<b>8.271</b>	<b>7.680</b>	<b>7.220</b>	<b>5.987</b>	<b>4.198</b>	<b>3.377</b>	<b>3.197</b>

Quelle: Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien - IWR, Münster



### Umsatzentwicklung im regenerativen Anlagen- und Systembau in NRW

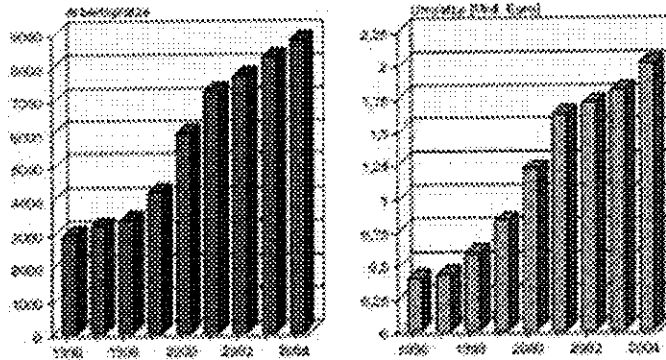
(840 von befragten 2.600 Unternehmen in NRW in 2004)

	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Windenergie	745,7	882,0	850,9	773,5	643,4	475,8	294,2	171,6
Bioenergie	324,5	267,4	296,1	266,1	199,3	129,7	98,4	98,6
Solarthermie	105,2	100,6	82,2	105,4	68,3	49,1	53,5	38,1
Photovoltaik	515,6	293,5	272,2	263,8	137,2	59,2	48,4	35,7
Solarfachbetriebe	14,0							
Solararchitektur	15,2	11,3	10,9	10,4	7,2	5,6	4,1	4,9
Wasserkraft	7,2	7,0	11,5	11,5	15,1	17,4	17,7	10,0
Geoenergie	11,4	8,0	8,1	7,2	5,3	4,7	3,7	4,0
KWK	99,7	98,4	89,9	81,6	66,4	55,3	51,2	51,5
Sonstige Dienstleister	168,4	163,4	82,3	95,9	63,7	23,6	7,6	5,7
Brennstoffzelle	5,6	1,7						
<b>Gesamt</b>	<b>2.012,5</b>	<b>1.833,4</b>	<b>1.704,0</b>	<b>1.615,4</b>	<b>1.206,7</b>	<b>820,4</b>	<b>578,8</b>	<b>420,1</b>

Quelle: Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien - IWR, Münster



## Beschäftigungsentwicklung / Umsatzentwicklung - Regenerative Energiewirtschaft in NRW (840 von 2.600 befragten Unternehmen in NRW in 2004)



Quelle: Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien - IWR, Münster

4. März 2006

Donnerstag, 23. März 2006

21



## Fördervolumen

### REN-Programm 1988 - 2004 (EE + rationelle Energieverwendung)

Anlagentechnik/Projekt	Projekte gesamt	Jahre 2000 bis 2004	Leistung	Fördermittel (T€)
Wärmepumpen / Geothermie	1.131	523		8.025
Wärmerückgewinnung/Wohnungsstiftung/Brennwertkessel	9.033	1.794		16.533
Deponie-, Bio- und Kläranlagen, Gasen- sparrung	640	325	30 MW	57.285
Windkraftanlagen	919	0	463 MW	70.892
Thermische Solaranlagen / Solar-/Elektromobile	26.308	2.990	225.772 m <sup>2</sup>	39.720
Photovoltaikanlagen	10.304	4.935	53.155 kW	86.140
Wasserkraftanlagen	153	20	15 MW	11.515
Mess-, Regel- und Speichersysteme	1.242	128		7.602
Kraft- Wärme-Kopplung, Energieverteilung, Nah- und Fernwärme	417	74		153.709
Demonstrationsvorhaben / Technische Entwicklung / Energiekonzepte	356	128		130.765
Niedrigenergie-/Passivhäuser	1.128	862		4.239
<b>Summe:</b>	<b>51.831</b>	<b>11.777</b>		<b>586.425</b>

Quelle: Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 8, Dortmund

Donnerstag, 23. März 2006

22



### Fördervolumen

Holzabsatzförderrichtlinie - HaFö - 1999 bis 2004

Jahr	Anlagenzahl	Leistung - MW -	Fördermittel - T€ -
1999	52	18	3.186
2000	35	10	1.010
2001	327	36	5.161
2002	508	33	5.486
2003	705	35	6.273
2004	1.154	48	5.967
<b>Summe</b>	<b>2.781</b>	<b>180</b>	<b>27.083</b>

Quelle: MUNLV NRW



### Einspeisevergütung - Erneuerbare-Energien-Gesetz

Energieträger	Bund	
	TWh	Mio. Euro
Windenergie	25,7	2.279
Wasserkraft <sup>1</sup>	5,9	430
Bioenergie <sup>1</sup>	5,1	480
Photovoltaik	0,5	283
(Grubengas)	0,9	65
<b>Summe</b>	<b>37,1</b>	<b>3.517</b>

**Fazit:** Bei einem NRW-Anteil am bundesweiten Stromverbrauch von etwa 30 % tragen die Stromkunden in NRW auch etwa 30 % der "EEG-Kosten" = rd. 1 Mrd. Euro

<sup>1</sup> Nach dem EEG wird die Stromerzeugung aus Wasserkraftanlagen bis 5 MW und bei Bioenergieanlagen bis 20 MW (ausschließlich Biomasseeinsatz) vergütet. Die Angaben zur Stromerzeugung beziehen sich nur auf die vergütete Strommenge

Quelle: Verband der Netzbetreiber - VDN, eigene Berechnungen



### Perspektiven und Strategieentwicklung

- Der weitere Ausbau der EE ist erforderlich, weil
  - Ressourcenschonung (Einsparung fossiler Energien)
  - Minderung von Abhängigkeiten
  - Klimaschutz (langfristig)
  - politische Vorgaben (EU, Deutschland)
- Finanzielle Unterstützung ist erforderlich, weil die Wettbewerbsfähigkeit meistens noch fehlt (fraglich nur Höhe, Dauer und Verteilung)
- Besonderheiten berücksichtigen: EE sind nicht überall mit gleicher Effizienz nutzbar (meteorologische, topografische und geografische Unterschiede)



### Politische Zielsetzung für NRW

#### Konzentration auf die Stärken

- Technische Entwicklung
  - Hohe Forschungskompetenz
  - Große Anzahl von Unternehmen in der Komponentenentwicklung
- Anwendung
  - Berücksichtigung meteorologischer, geologischer und geografischer Voraussetzungen



### Politische Zielsetzung für NRW

#### Konzentration der Förderung auf Schwerpunkte

Kriterien:

- Technische Realisierbarkeit,
- Erreichung der Wirtschaftlichkeit,
- wirtschaftliches Potenzial,
- Stärkung der Versorgungssicherheit, Minderung von Importabhängigkeit
- Zukunftsperspektiven auch im heimischen Markt,
- Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land



### Politische Zielsetzung in NRW

#### Vorschlag für Förderschwerpunkt (noch zu konkretisieren)

- Geothermie (Technische Entwicklung in der Tiefengeothermie)
- Bioenergie (Technische Entwicklung und Markteinführung)
- Photovoltaik (Technische Entwicklung und ggf. Markteinführung)
- Solarthermie (Technische Entwicklung zur Stromerzeugung; ggf. Markteinführung)

## **Antrag zur Sitzung des Regionalrats am 23. März 2006, TOP 6**

- TOP 6:           Schwerpunktthema: Erneuerbare Energien – neue rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen
- Information

### Antrag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert (Änderungen kursiv):

„Der Regionalrat nimmt die Information zustimmend zur Kenntnis.

*Auch* ein landesweiter Diskussionsprozess zum regionalpanerischen Umgang mit erneuerbaren Energien ist aus Sicht des Regionalrates und der Bezirksregierung Arnsberg wünschenswert.

Die Bezirksregierung Arnsberg wird beauftragt, die *weitere* Entwicklung *und den Ausbau der* Nutzung erneuerbarer Energien im Regierungsbezirk zu fördern und über die *weiteren Entwicklungen zeitnah* zu berichten.“

### Begründung:

Erfolgt mündlich, sofern sie sich nicht bereits aus dem Text erschließt.

Werner Liedmann  
Mitglied des Regionalrats  
Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Borgmann  
Fraktionsgeschäftsführer



# Bezirksregierung Arnsberg

## Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324, 2306 od. 2839 Fax: 02931/82-46177

Regionalratssitzung am:	23.03.2006	Vorlage:	16/02/06
Vorberatung in:	PK..... <input checked="" type="checkbox"/>	SK..... <input type="checkbox"/>	VK..... <input type="checkbox"/>
TOP 17:	<p>22. Änderung des Regionalplanes, Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Kreis Soest - Regionalplanerische Umsetzung des Vogelschutzgebietes Hellweg-Börde als Bereiche für den Schutz der Landschaft mit besonderer Bedeutung für Vogelarten des Offenlandes (BSLV)</p> <p>– Erarbeitungsbeschluss</p> <p>Berichterstatterin: Abteilungsdirektorin Ewert          Bearbeiter/in: LRD'in Richard          tAng'e Neumann</p>		

### Beschlussvorschlag:

1. Die 22. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Kreis Soest wird entsprechend den Anlagen 1, 2a und 2b erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 3 unter den Nummern 1 - 85 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
4. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von 2 Monaten zu dieser Änderung des Regionalplanes bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.

*Der Regionalrat stellt fest, dass die 22. Änderung des Regionalplanes in dem obigen Teilabschnitt gleichermaßen zur Erfüllung der europarechtlichen Verpflichtungen zur Sicherung des gemeldeten EU-Vogelschutzgebietes und zur Umsetzung der "Vereinbarung zum Schutz der Wiesenweihe und der anderen Offenlandarten in der Hellweg-Börde" dient.*

*Er fordert die Bezirksregierung auf, auch die anderen sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Planungsverpflichtungen zeitnah zu erfüllen. So soll die bedarfsgerechte Darstellung weiterer Siedlungsbereiche sowie die Sicherung der Abbauflächen der Steine- und Erdenindustrie in der Größenordnung eines 50jährigen Bedarfshorizontes innerhalb der Interessengebiete der Vereinbarung ebenfalls baldmöglichst erfolgen. Dies sollte im Zuge der Fortschreibung des Regionalplanes, Teilabschnitt Kreis Soest und HSK, geschehen, für den im Jahre 2007 der Erarbeitungsbeschluss ansteht.*

*Der Regionalrat bittet die Bezirksregierung um die rechtzeitige Vorbereitung der hierfür erforderlichen Planungsarbeiten.*

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**  
**Fraktion im Regionalrat des**  
**Regierungsbezirks**  
**Arnsberg**

Peter Borgmann  
Pol. Geschäftsführer

Tel. 0234-912 95 74  
Fax 0234-916 03 06  
Mobil: 0172-589 20 01  
gruene-regionalrat@borgmanns.de

Diekampstraße 37, 44787 Bochum

Bankverbindung: Sparkasse Bochum  
Kto.Nr. 146 45 85 • BLZ 430 500 01

Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Diekampstr. 37 - 44787 Bochum

## Antrag zur Sitzung des Regionalrats am 23. März 2006, TOP 19

TOP 19:      Arbeitsbericht des Wirtschaftsministeriums zur Rohstoffsicherung  
              • Stellungnahme

### Antrag:

Der Beschlussvorschlag wird unter Punkt 2 (*Stellungnahme*) wie folgt geändert:

„Der Regionalrat begrüßt die Vorlage dieses ersten Rohstoffberichtes als wichtige Grundlage für die weitere Diskussion zur Sicherung heimischer Steine-und-Erden Rohstoffe im Rahmen der Regionalplanung.

Die im Bericht genannten Eckpunkte einer Neuordnung der planerischen Rohstoffsicherung sind grundsätzlich zu begrüßen, vor allem da sie eine Flexibilisierung des bisher starren Planungshorizontes von 25 Jahren im entsprechenden Einzelfall auf bis zu 30 Jahren ermöglicht. Besonders die vorwiegend mittelständischen Unternehmen der Abgrabungsindustrie im Regierungsbezirk Arnsberg erhalten dadurch bis auf wenige Ausnahmen bei ihrer Gewinnung von Festgesteinen (vor allem Kalkstein, Grauwacke und Diabas) die Möglichkeit einer längeren Planungssicherheit, die durch den hohen Aufwand an Investitionskosten bei der Gewinnung von Festgesteinen gegenüber Lockergesteinen gerechtfertigt ist.

Für die Bemessung zukünftiger Planungshorizonte zur vorsorgenden Rohstoffsicherung bilden die tatsächlichen Absatzzahlen für die Bedarfsschätzung eine erste Orientierung, die der weiteren Verfeinerung im Hinblick auf den Eigenverbrauch der Region, der Markt- und Versorgungsbeziehungen sowie der Verwendung mineralisch besonders hochwertiger Rohstoffe bedarf.



Neue Genehmigungen sollen daher auf Grundlage eines qualifizierten Monitoring erfolgen, das den tatsächlichen Abbaufortschritt, die Absatzmengen und die Verwendung des Rohstoffes dokumentiert. Die regionalen Planungsträger haben es damit in der Hand, in ihrem Planungsraum eine wirtschafts-, sozial- und umweltverträgliche Flächensicherung zu verwirklichen, die eine breite Zustimmung der Bevölkerung findet.

Dies dient dem Abbau unvermeidlicher Nutzungskonflikte und ermöglicht eine Abwägung zwischen den unterschiedlichen Interessen und Erfordernissen der Region.

Der Regionalrat Arnsberg fordert, bei einer Novellierung des Landesplanungsgesetzes Vorsorge zu treffen, dass auch nachfolgende Generationen noch heimische Rohstoffe mit den gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten behalten, wie sie die derzeitige Generation vorgefunden hat.“

Begründung:

Erfolgt mündlich, sofern sie sich nicht bereits aus dem Text erschließt.

Werner Liedmann  
Mitglied des Regionalrats  
Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Borgmann  
Fraktionsgeschäftsführer

**SPD im Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg**  
**M. Pendzich, Vorsitzender, Auf der Borg 25, 59494 Soest**

Herrn  
Hermann-Josef Droege  
Vorsitzender des Regionalrates  
Im Regierungsbezirk Arnsberg  
Seibertzstraße 1  
59821 Arnsberg

**Michael Pendzich**  
Vorsitzender  
Auf der Borg 25  
59494 Soest  
michael.penzich@spd-regionalrat-arnst  
www.spd-regionalrat-arnsberg.de

Geschäftsstelle  
Ulricher Str. 26-28  
59494 Soest  
Tel: 02921 / 364725  
Fax: 02921 / 15952

Soest, den 20.03.2006

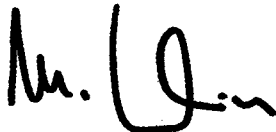
Sehr geehrter Herr Droege!

Wie in der Verkehrskommission des Regionalrates am 09.03.06 in Dortmund besprochen schlage ich folgenden Resolutionstext bezüglich des Vorhabens Kassel-Calden vor:

„Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg schließt sich der vom Regionalrat Detmold unter dem 12.12.2005 verabschiedeten Resolution gegen den beabsichtigten Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zum Verkehrsflughafen vollinhaltlich an.“

Ich bitte Sie, diesen Vorschlag den anderen Fraktionen zur Diskussion und Abstimmung in der nächsten Sitzung zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Pendzich  
Vorsitzender

**TOP 20 – Wichtige Länder übergreifende Verkehrsinfrastrukturprojekte**

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis und fasst folgende EntschlieÙung:

**EntschlieÙung:**

Der Regionalrat Arnsberg begrüÙt die gemeinsame Kabinettsitzung der Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz am 24. 4. 2006 in Siegen in der Erwartung, dass auch Ländergrenzen überschreitende Verkehrsinfrastrukturfragen erörtert werden.

Aus Sicht des Regionalrates Arnsberg bedürfen folgende Verkehrsinfrastrukturprojekte wegen ihrer herausgehobenen überregionalen Bedeutung der Erörterung und ggf. Unterstützung:

***Ausbau der Schienenstrecke Dortmund-Kamen-Hamm (IGVP-Vorhaben-Nr. 11049) als Bestandteil der Strecke Dortmund-Paderborn-Kassel.***

Auf der heute zweigleisigen Strecke sind infrastrukturelle Kapazitätsanpassungen dringend notwendig, da die Strecke sowohl für Güter-, Fern- als auch für den Nahverkehr von großer Bedeutung ist. Der Regionalrat Arnsberg hat bereits in seiner Sitzung am 9. 2. 2006 die nordrhein-westfälische Landesregierung gebeten, mit dem Bund Gespräche zu führen, um die AusbaumaÙnahme zu realisieren. Dabei sollte nach unserer Auffassung auch eine gemeinsame Kostenlösung nicht ausgeschlossen sein. Zur Vorbereitung dieser Gespräche und insbesondere zur Festlegung des erforderlichen Umfangs einer solchen AusbaumaÙnahme (Viergleisigkeit durchgängig erforderlich?) sollten notwendige finanzielle Mittel für notwendige Planungsleistungen bereitgestellt werden. Die gemeinsame Betroffenheit der Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen ist gegeben.

***Bundesfernstraße von Kreuztal-Krombach (NRW) zum „Hattenbacher Dreieck“ (Hessen)*****- B 508n / B 62n**

Die verkehrsplanerische Verknüpfung des Kernraumes Siegen mit dem „Altkreis Wittgenstein“ wird gegenwärtig durch die zuständigen Straßenbaubehörden des Landes Nordrhein-Westfalen auf Grundlage des Bundesverkehrswegeplanes 2003 vorgenommen. Vorgesehene Ortsumgehungen der Kommunen Kreuztal, Hilchenbach, Erndtebrück und Bad Laasphe sowie des Ortsteils Lützel der Stadt Hilchenbach befinden sich in unterschiedlichen Planungsstadien und sollen im Zuge der B 62 erfolgen. Diese Planungsaktivitäten sollten aus Sicht des Regionalrates zur dringend notwendigen Erschließung des Wittgensteiner Raumes beschleunigt vorangetrieben werden.

**- Machbarkeitsstudie**

In Kooperation mit den nordrhein-westfälischen Partnern (Verkehrsministerium NRW, Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe, südwestfälische Wirtschaft) und hessischen Partnern (Hessische Landesregierung, nordhessische Wirtschaft) wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um unter naturschutzfachlichen und städtebaulichen Gesichtspunkten einen möglichst konfliktarmen Trassenkorridor zu finden, der perspektivisch die Realisie-

Die Realisierung einer leistungsfähigen Bundesfernstraße zwischen der A 4 / A 45 / Hüttentalstraße im Bereich Olpe / Kreuztal-Krombach (NRW) einerseits und der A 5 / A 7 im Raum Hatzenbach (Hessen) ermöglicht.

Nach Identifizierung eines solchen Korridors ist beabsichtigt, eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung anzuschließen. Die Studie soll im Frühjahr 2007 fertiggestellt sein. Im Land Hessen läuft die entsprechende Bearbeitung bereits seit dem Herbst 2005.

Eine sachliche Konkurrenz dieser Fernstraßenverbindung zu den genannten Maßnahmen gemäß Bundesverkehrswegeplan (Ortsumgehungen) besteht nicht.

### **Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Verkehrsflughafen**

Die hessische Landesregierung beabsichtigt, den Verkehrslandeplatz Kassel-Calden zu einem Verkehrsflughafen auszubauen. Aufgrund der räumlichen Distanz von ca. 60 km zum nordrhein-westfälischen Regionalflughafen Paderborn-Lippstadt hegt der Regionalrat erhebliche Befürchtungen, dass die derzeit gegebene Wirtschaftlichkeit des Flughafens Paderborn-Lippstadt („schwarze Zahlen“) im Fall der Realisierung des Projektes in Hessen erheblichen Schaden nehmen könnte. Dem Vernehmen nach ist die Realisierung von Kassel-Calden nur unter Inanspruchnahme erheblicher öffentlicher Mittel möglich. Aufgrund der geringen räumlichen Distanz zwischen Paderborn-Lippstadt und Kassel-Calden erwartet der Regionalrat Arnsberg bei Realisierung des hessischen Flughafenprojektes unweigerlich negative Auswirkungen: Durch die Realisierung eines im wesentlichen aus öffentlichen Mitteln finanzierten Projektes in Hessen würde mit größter Wahrscheinlichkeit ein künftig ebenfalls dauerhaft zu subventionierender Flughafen Paderborn-Lippstadt erwachsen.

Der Regionalrat bittet die hessische und nordrhein-westfälische Landesregierung zu erörtern, ob in der gegebenen allgemeinwirtschaftlichen Situation und den „leeren öffentlichen Kassen“ die Realisierung des Projektes in Hessen tatsächlich unverzichtbar erscheint.

Auf die kritischen Resolutionen des Kreistages des Kreises Soest sowie des Regionalrates Ostwestfalen, Detmold, nehmen wir Bezug.